Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75.
Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 v. Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg. Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten u. dgl. 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Zur Reise und Landaufenthalt.
Herren- u. Knaben-Anzüge, Mäntel, Joppen
Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 7.

UEBERALL ZU HABEN AULHORN's NAHRKAKAO

Schokoladen C.C. PETZOLD & AULHORN DRESDEN

Eau de Cologne,
hochfeines, kräftiges, eigenes Destillat in Hoffmann's Patentflaschen mit Reservekork, à Fl. 1 Mk.
Salol-Ratanha-Mundwasser, à Fl. 1,50 Mk.
Diverse Haarwässer etc.
Storch-Apotheke, Dresden, Pillnitzerstr.

Dresden, Seestr. 5. Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Leipzig, Stuttgart.
Billig, reell, sorgfältig, schnell. Ankauf von Erfindungen.
Dr. J. Schanz & Co.
Patente

Wilh. Böhme
Inhaber: Carl Lamprecht
Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager in echt englischen u. deutschen Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen.

Das Geschäft von Bandagist und Orthopäd **M. H. Wendschuch sen.** befindet sich unverändert schon seit über 30 Jahren **nur Marienstrasse 22b** im Gartengrundstück neben den „3 Raben".

Nr. 181. **Spiegel:** Deutsche Kundgebungen in Oesterreich. Hofnachrichten, Volkstrachtenfest, Kinder-Heilanstalt, Abgabe von Elektricität, Gerichtsverhandlungen. | Muthmaßliche Witterung: Trübe, kühl, unsicher. | **Donnerstag, 2. Juli.**

Politisches.

Zwei große Kundgebungen des Deutschthums haben gleichzeitig in Oesterreich stattgefunden, die Versammlung der deutschen Vertrauensmänner in Prag und der deutsch-mährische Bauerntag in Brünn. Die zweite Versammlung trug einen mehr landwirthschaftlichen Charakter, obwohl auch sie als eine ausgesprochene Vertretung des deutschen Gedankens anzusehen ist. Dagegen war bei der Prager Zusammenkunft der leitende Zweck die politische Neuorganisation des Deutschthums in Oesterreich, das infolge des Mangels einer festen Organisation und zielbewußten Führung mehr und mehr in eine außerordentlich bedrängte Lage gerathen ist. Die „Vereinigte Deutsche Linke", die in früheren Zeiten zum Schutze der deutschen Interessen berufen war, war infolge der Greisenhaftigkeit ihrer Koryphäen und einer verhängnißvollen Hinneigung zu jüdischen Einflüssen allmählich in den Zustand eines politischen Winterschlafes gerathen, der auch im Sommer durch kein Erwachen unterbrochen zu werden pflegte, sodaß schließlich der Zerfall der einstmals blühenden Partei nicht mehr aufzuhalten war. Seitdem steigerte sich die Anmaßung der deutschfeindlichen Elemente auf der ganzen Linie, und es geschah von jener Seite Alles, um dem Deutschthum die Luft zum Athmen zu benehmen. Aus solchen Verhältnissen heraus ist die deutsche Oppositionsbewegung erwachsen, die zu der jetzigen Parteineubildung in Prag geführt hat. Daß dabei die Deutschen Böhmens die Führung übernommen haben, darf nicht Wunder nehmen Angesichts der in's Ungemessene gesteigerten Herausforderungen, die sich das dortige Czechenthum gegen die Deutschen erlaubt, ohne daß die Wiener Regierung bei den leidigen dermaligen Parteiverhältnissen mit einem Quos ego dazwischenführe.

Das Ergebniß der Prager Konferenz hat über das Schicksal der Vereinigten Linken endgiltig entschieden. Nicht zwar, als ob ein Zweifel über die völlige Abwirthschaftung dieser Partei bis dahin noch möglich gewesen wäre; denn todt war sie bereits längst vor dem Tage in Prag. Die in Prag versammelten Deutschen aber haben das gethan, was bisher noch fehlte, indem sie der Vereinigten Linken den offiziellen Todtenschein ausstellten. Die neue Partei will eine „Deutsche Fortschrittspartei" sein. In der von der Versammlung einmüthig angenommenen Resolution heißt es in Kennzeichnung des einzunehmenden Standpunktes, die Partei wolle für eine entschiedene Vertheidigung des in seinen heiligsten Gütern und Rechten bedrohten deutschen Volkes eintreten, an den Grundsätzen der Freiheit und des Fortschrittes festhalten und für die Behebung des wirthschaftlichen Nothstandes nachdrücklich wirken. Die Befolgung dieser Grundsätze soll überall, wo es nöthig ist, mit Hilfe einer geschlossenen Opposition, mit „rücksichtsloser Thatkraft nach oben und unten" durchgesetzt werden. Zur Vorbereitung der nächsten Wahlen und zur Feststellung des Wahlaufrufs wurde eine Kommission eingesetzt, in der sich bezeichnender Weise kein einziges Vorstandsmitglied der Vereinigten Linken befindet.

Ob die Prager Beschlüsse wirklich einen Wendepunkt in der politischen Geschichte des österreichischen Deutschthums bilden werden, ob sie eine That bedeuten oder nur eine Aufwallung, darüber kann heute noch kein Urtheil gefällt werden. Die Möglichkeit ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß der Wechsel auf die Zukunft, der in Prag ausgestellt wurde, nicht eingelöst wird, daß die Kräfte im Kampfe versagen, weil Führer und Geführte nicht die einhellige dauernde Begeisterung zu finden vermögen, die von der Lage gefordert wird, sodaß sie im Kampfe wanken und schließlich ebenso die Flinte in's Korn werfen, wie es in recht unrühmlicher Weise die Deutsche Linke gethan hat. Wie gesagt, das ist möglich. Ganz entschieden lassen aber die gesammten Umstände, unter denen der Verlauf der Versammlung erfolgt ist, das Vorhandensein von Keimen erkennen, denen Ursprünglichkeit und Lebensfähigkeit nicht bestritten werden kann und die daher wenigstens zu der Hoffnung berechtigen, daß der Weg der neuen Partei auf eine Höhe führen werde, auf der die wallenden Nebel zerflattern und dem Blicke des österreichischen Deutschthums in die Zukunft eine lichtvollere Aussicht eröffnen als bisher. Mit mehr als dieser Hoffnung wird allerdings kein skeptischer Politiker zunächst zu rechnen sich unterfangen. Auf der anderen Seite ist es aber auch grundverkehrt, wenn man von vornherein mit tendenziösen Verdächtigungen gegen die Prager Kundgebung zu Felde zieht und sie gar, wie das die antisemitischen Blätter thun, auf jüdische Einflüsse zurückführt. Mit dem Judenthum hat die in Prag neu gegründete Partei zur Vertretung der Interessen des Deutschthums in Oesterreich zunächst wenigstens absolut nichts zu thun. Es war eine durchweg deutsche Versammlung, gebildet aus den Vertretern aller Stände und Berufsarten, die in Prag tagte und aus der unmittelbaren Eingebung des Augenblicks heraus sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung vereinigte. Da war nichts von jener „wattirten" Begeisterung zu spüren, die das Merkmal früherer deutsch-liberaler Veranstaltungen zu bilden pflegte und bei denen allerdings die jüdische Mache eine Hauptrolle spielte. Die deutschen Männer, die in Prag zur Berathung über ihre Lage und über die Mittel zu ihrer künftigen Bessergestaltung zusammengekommen waren, wurden beherrscht und getrieben von der einmüthigen Ueberzeugung, daß etwas Nachdrückliches geschehen müsse, um dem Deutschthum in Oesterreich auch ferner die Stellung zu erhalten, die ihm nach seinen hohen civilisatorischen Eigenschaften gebührt. Wenn die antisemitische Presse diesen Grundgedanken aus der Prager Zusammenkunft nicht herauszuschälen und zu würdigen vermag, so zeugt das von einer im wahren deutschen Interesse recht beklagenswerthen politischen Kurzsichtigkeit. Wem das Wohl und Wehe des Deutschthums in der habsburgischen Monarchie aufrichtig am Herzen liegt, der wird nicht umhin können, der neuen Partei wenigstens ohne Zorn und Leidenschaft den herzlichen Wunsch auf den Lebensweg zu geben, daß es ihr in ernster Arbeit gelingen möge, an die Schäden der Vergangenheit die bessernde Hand zu legen und, um mit den Worten des Hauptredners zu sprechen, „einen Wandel der trostlosen Gegenwart für eine bessere Zukunft vorzubereiten".

Der gleichzeitig mit der Prager Versammlung tagende deutsch-mährische Bauerntag in Brünn vereinigt sich mit der Prager Kundgebung zu einem erfreulichen Beweis von der Frische und Stärke, die das österreichische Deutschthum trotz aller Mängel in seiner bisherigen Vertretung immer noch beseelt. Die Versammlung sprach sich für die obligatorische berufsgenossenschaftliche Organisation der Landwirthe auf nationaler Grundlage aus, ferner für ausgiebige Förderung der verschiedenen landwirthschaftlichen Produktionszweige durch genügend hohe staatliche Subventionen, für eine günstige Regelung der Kreditgewährung an den Kleingrundbesitz, für den Schutz gegen unredlichen Wettbewerb, insbesondere auf den Gebieten der Wein- und Butter-Erzeugung, für den Schutz der landwirthschaftlichen Produktion durch das Verbot von Ringen, staatliche Beaufsichtigung der Kartelle und Aufhebung als schädlich erkannter Kartelle, sowie für das gesetzliche Verbot des Termingeschäfts an den Getreidebörsen. Bemerkenswerth war die im Laufe der Erörterungen hervortretende Einmüthigkeit, mit der die Nothwendigkeit eines Zusammengehens von Industrie und Landwirthschaft in richtiger Erkenntniß ihres Wechselverhältnisses betont wurde; ein Zusammengehen, das allein die gedeihliche Grundlage für die allgemeine wirthschaftliche Blüthe einer Nation herzustellen vermag und das auch vom Fürsten Bismarck stets nachdrücklich empfohlen worden ist und neuerdings wieder empfohlen wird. Zum Schlusse kam es zu einer großen patriotischen Kundgebung. Bereits während der Verhandlungen war stürmischer Jubel ausgebrochen, als der Brünner Bürgermeister in seiner Begrüßungsansprache an Kaiser Joseph II. erinnerte. „Sie sind hierher gekommen", sagte der Bürgermeister u. A., „um Mittel zur Abhilfe der Nothlage zu finden, die nicht nur den Landmann in Mähren, sondern auf dem ganzen Kontinent bedrückt. Ihre Berathungen werden gewiß auch von jenem Geiste des uns Allen unvergeßlichen und von den deutschen Bauern geradezu vergötterten Volkskaisers Joseph II. durchdrungen sein." Bei diesen Worten ertönte minutenlanger Beifall, und als die Verhandlungen geschlossen waren, zog die Versammlung zu dem Denkmal Kaiser Joseph's II., an dem zwei Kränze niedergelegt wurden, während ein Redner gelobte, das Andenken dieses Volkskaisers, der den Bauernstand so hoch geehrt habe, den Kindern und Kindeskindern in unveränderter Reinheit und Frische zu überliefern. Die vielen Hunderte deutscher Bauern, die das Denkmal umstanden, entblößten darauf das Haupt, brachen in stürmische Hochrufe aus und sangen die Nationalhymne und das „Deutsche Lied". Alles in Allem sind die beiden Versammlungen in Prag und Brünn zwei kräftige Lebensäußerungen des deutschen Geistes in den habsburgischen Landen gewesen, die hoffentlich zu einem Merk- und Wahrzeichen werden, daß das österreichische Deutschthum nicht gewillt ist, sich von seinen Feinden unter die Füße treten zu lassen, sondern daß es den Willen und die Macht besitzt, die Achtung seiner verbrieften Rechte von den fremden Nationalitäten ebenso zu fordern, wie es selbst sich vor jeder Verletzung der verfassungsmäßigen Ansprüche jener allezeit gehütet hat.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 1. Juli.

* **Berlin.** Der Abgeordnete v. Plötz (kons.) und Genossen haben zum Margarinegesetz folgenden Zusatz beantragt: Gastwirthe, Restaurateure und Bäcker, welche sich bei Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln der Margarine bedienen, haben solches durch augenfälligen Anschlag in den Speise- und Verkaufsräumen ihres Gewerbes, und falls Speisezettel geführt werden, auch durch Vermerk auf letzteren kundzugeben.

* **Wien.** Eine Versammlung der Tischlermeister beschloß, die Arbeit in sämmtlichen Tischlerwerkstätten Wiens von heute an einzustellen. Der über mehrere Meister von den Gehilfen verhängte Boykott ist aufgehoben worden.

* **Rom.** Die Kammer ertheilte mit 171 gegen 89 Stimmen der Regierung ein Vertrauensvotum nach einer längeren Rede des Ministerpräsidenten Rudini über die auswärtige Politik der Regierung.

* **Kopenhagen.** Prinz Heinrich von Preußen hat seinen Besuch angemeldet, um mit der Yacht „Gududra" an der bevorstehenden Regatta theilzunehmen.

* **New-York.** Mrs. Beecher-Stowe, Verfasserin von „Onkel Tom's Hütte", ist heute gestorben.

Berlin. Reichstag. Der Vorlage betreffend Vertagung des Reichstages bis zum 10. November wird debattelos zugestimmt. — Die 3. Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches wird fortgesetzt bei dem 2. Buch, Titel „Grundbuch". — Abg. v. Plötz (kons.) befürwortet einen Antrag Mirbach auf Streichung der sämmtlichen, von der Grundschuld handelnden Paragraphen, da dieselben den Anforderungen der Zeit nicht entsprächen. Er selbst würde, wenn der Antrag abgelehnt würde, gegen das ganze Gesetzbuch stimmen müssen. — Abg. Graf Mirbach (kons.) erklärt dagegen, daß er den Antrag zurückziehe, obgleich er allerdings bei der Ansicht verbleibe, daß die betreffenden Bestimmungen eine zu große Mobilisirung des Grundbesitzes herbeiführen würden. — Da Abg. v. Plötz, der sich nochmals zum Wort gemeldet hatte, auf dasselbe verzichtet, so werden ohne weitere Debatte die Paragraphen genehmigt. — Es folgt das 3. Buch, „Familienrecht". § 1288 setzt nach den Beschlüssen der 2. Lesung die Ehemündigkeit auf das vollendete 21. Lebensjahr fest. Anträge der Abgg. v. Stumm (Reichsp.) und Rintelen (Centr.) wollen die Ehemündigkeit bis zum 25. Lebensjahre hinausziehen, wogegen ein Antrag Enneccerus (nl.) die Ehemündigkeit nur für männliche Personen erst mit dem 25. Lebensjahre eintreten lassen, dagegen für weibliche Personen es bei dem vollendeten 21. Jahre belassen will. — Abg. Rintelen (Centr.): Die Sache sei von höchster Bedeutung für die Familie. Welches Interesse habe nicht ein Familienhaupt daran, daß nicht sein Sohn durch eine gar zu frühe Heirath Jemanden in die Familie hineinbringe, den er in derselben nicht gern zu sehen Anlaß habe, und welches Interesse habe nicht auch das Familienhaupt daran, daß nicht der Sohn sich durch allzufrühe Heirath wirthschaftlich in Ungelegenheiten stürze und womöglich ihm zur Last falle. — Abg. Bebel (soz.) bekämpft sämmtliche Abänderungsanträge. — Geh. Rath Mansfeld ersucht um Annahme des Antrags Stumm, ev. wenigstens des Antrags Enneccerus. Die Beschlüsse der 2. Lesung bedeuteten doch eine zu große Abweichung, einen zu großen Sprung von den bestehenden Bestimmungen. — Abg. Gröber (Centr.) erklärt, die Mehrzahl seiner Freunde werde an den Beschlüssen 2. Lesung festhalten. Nachdem man einmal die Volljährigkeit nach vollendetem 21. Lebensjahre festgesetzt habe, sodaß jeder junge Mann und jede Tochter aus dem elterlichen Hause hinaus in's Leben treten und sich selbstständig machen könnten, sollte man es doch auch den Betreffenden nicht verwehren, ohne Einwilligung der Eltern zur Ehe zu schreiten. — Die Anträge Rintelen sowie Enneccerus werden abgelehnt. — Bei dem Titel „Eheliches Güterrecht" bedauert Abg. v. Stumm, daß das eingebrachte Vermögen der Frau der Verwaltung und Nutznießung des Mannes unterliegen solle. Er habe die feste Ueberzeugung, daß die Majorität des Hauses später zu einem anderen Beschlusse kommen werde. Ohne Debatte wird der Paragraph genehmigt. — Bei dem Titel „Ehescheidung" beantragt Abg. Munckel Wiederherstellung des Paragraphen der Regierungsvorlage, welcher die Scheidung wegen Geisteskrankheit zulassen sollte; nicht das Gesetz scheide hier die Ehe, sondern die Natur, welche das geistige Band zwischen den Ehegatten durch geistige Umnachtung des Einen gelöst hat. Wo eine Ehe thatsächlich nicht mehr ist, soll man sie auch nicht vor dem Gesetz gegen den Willen des einen Gatten fortbestehen lassen. Justizminister Schönstedt bittet dringend, den Antrag Munckel anzunehmen. Er erinnert an einen Fall, in dem die geisteskranke Frau zwei ihrer Kinder tödtete, sie sei seitdem 5 Jahre im Irrenhause, unheilbar. Das letzte Kind des Mannes sei jetzt 9 Jahre alt. Der Mann halte es für dringend nöthig, durch eine neue Ehe für sein Töchterchen besser als bisher zu sorgen. Wolle man das mißbilligen, wolle man da sagen, der Mann wirft seine Frau auf die Straße? Der Minister führt noch weitere Fälle an. Es handle sich hier um ein Stück soziale Frage. — Sächsischer Gesandter Graf Hohenthal richtet ebenfalls die dringende Bitte an das Haus, den Paragraphen wieder herzustellen. — Badischer Bevollmächtigter v. Jagemann schließt sich der Bitte kurz an. — Abg. Pauli (Rp.) verwahrt sich dagegen, neulich alle die als Schurken bezeichnet zu haben, welche sich wegen Geisteskrankheit des Anderen scheiden ließen, er habe nur gesagt, er würde es von seinem Gewissens-Standpunkte aus als Schurkenstreich ansehen, wolle er selbst sich aus solchem Grunde scheiden lassen. — Der Antrag Munckel wird mit 161 gegen 133 Stimmen angenommen. Dafür stimmen die Linke, die Nationalliberalen, die große Mehrheit der Reichspartei und eine Anzahl Konservative. Das Ergebniß der Abstimmung wird mit Beifall begrüßt. Nun wird auf Grund der Geschäftsordnung über den Antrag Kardorff, der gestern nur handschriftlich vorgelegen hatte, betreffend Schadenersatz für Verletzung durch Hausthiere die Abstimmung wiederholt. Der Antrag, welcher die Schadenersatzverpflichtung einschränken will, wird heute abgelehnt. — Abg. Vielhaben (Antis.) beantragt Streichung der Zulassung der bloßen Trennung von Tisch und Bett. — Der Antrag wird abgelehnt. — Bei dem Abschnitt „Rechtliche Stellung der unehelichen Kinder" befürwortet Abg. v. Buchka einen Antrag, den in zweiter Lesung beschlossenen Zusatz wieder zu streichen, demzufolge auf Antrag eines Ehemannes, dem unehelichen Kinde seiner Frau sein Name ertheilt werden kann. — Der Beschluß der 2. Lesung wurde indeß aufrecht erhalten. — Bei den Bestimmungen über die Vaterschaft eines unehelichen Kindes erneuert Abg. v. Strombeck (Centr.) den in der 2. Lesung abgelehnten Antrag, die exceptio plurium zu streichen. — Auch dieser Antrag wird abgelehnt. Der Rest des Bürgerlichen Gesetzbuches wird debattelos erledigt. Bei dem Einführungsgesetz (Artikel 60), wonach die landesgesetzlichen Vorschriften über Rentengüter und Ansiedelungsstellen unberührt bleiben sollen, werden die Worte „und Ansiedelungsstellen" gestrichen. — Bei Einleitung und Ueberschrift zu dem Gesetz giebt Abg. Lieber Namens des Centrums die Erklärung ab, die Bedenken des Centrums, namentlich hinsichtlich des Eherechts, seien durch die beschlossenen Aenderungen und Zusätze noch nicht völlig beseitigt. Ebensowenig aber verkenne das Centrum, daß das Bürgerliche Gesetzbuch eine Besserung des bestehenden Rechtszustandes bringe, dessen Ablehnung es nicht verantworten wolle. Dazu komme der hohe Werth eines einheitlichen Rechts. Wenn somit das Centrum in der Schlußabstimmung zustimme, so gebe es doch in keiner Weise Etwas von seiner grundsätzlichen Stellung in Ehefragen auf. Indem es zustimme, lege es für alle Zukunft Zeugniß dafür ab, daß es immer bereit gewesen sei, dieses Werk als einen Markstein in der Geschichte unseres Vaterlandes aufzurichten. — Abg. v. d. Decken (Welfe) erklärt, seine Freunde würden sich bei der Schlußabstimmung der Stimmenabgabe enthalten. — Abg. v. Czarlinski (Pole) erklärt, die Polen würden trotz vieler Bedenken für das Gesetzbuch im Ganzen stimmen. — Auf Antrag des Abg. Richter wird der Geschäftsordnungs-Kommission aufgetragen, darüber zu berathen, ob solche längere Erklärungen, wie Lieber sie abgegeben habe, am Schlusse der Berathungen zulässig sein sollen. — Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen betreffend Aenderungen an der Civilprozeßordnung werden angenommen, dagegen über eine weitere von der Kommission auf Antrag der Sozialdemokraten beschlossene Resolution betreffend einheitliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Berufsvereine, gewisser gewerblicher Arbeitsverträge, Beamtenhaftpflicht, Bergrecht u. s. w. die Berathung und Beschlußfassung bis nach Ablauf der Vertagung ausgesetzt wird. — Es erfolgt sodann die Gesammtabstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch. Die endgiltige Annahme desselben erfolgt mit 222 gegen 48 Stimmen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten, die 2 Bayern Dr. Sigl und Drucksmeier, die 3 Konservativen v. Plötz, Hingendorf und v. Werdeck. Der Abstimmung enthielten sich die Antisemiten, Welfen, Elsässer, Ritter-Wirsitz, v. Werder und v. Langen, insgesammt 18 Enthaltungen. Als der Präsident das Resultat verkündet, erschallt lebhaftes Bravo. — Das Mandat des Abg. Köhler (Reformp.) wird als durch seine Ernennung zum Postagenten für erloschen erklärt. — Morgen: Margarinegesetz, Interpellation des Grafen Arnim: „Ist es der Regierung bekannt, daß die Loco-Notirungen für Getreide an der Berliner Börse den thatsächlich gezahlten Preisen nicht entsprechen?"

Berlin. Das Kaiserpaar wohnt am 18. Oktober der Einweihung des Denkmals Kaiser Wilhelm's I. an der Porta Westphalia bei. Das von der Provinz angebotene Frühstück wurde abgelehnt. — Ein parlamentarischer Berichterstatter will wissen, daß Kultusminister Dr. Bosse in den Ruhestand zu treten beabsichtigt. — Die kaiserliche Ermächtigung zum Einbringen der Handwerksorganisationsvorlage im Bundesrathe ist jetzt eingeholt. Ende dieser oder Anfangs nächster Woche wird gleichzeitig der Wortlaut des Entwurfs publizirt und der öffentlichen Kritik übergeben. — Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Wißmann, hat sich heute nach Lauterburg a. Harz begeben, von wo aus er nach Beendigung seines Urlaubs nach Ostafrika zurückkehrt. In einer

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 79.